

Finanzreform 2024: Ampel-Koalition setzt wichtige Steuervorgaben um

Finanzminister Tillmann setzt verfassungsrechtliche Vorgaben um: Anhebung der Freibeträge und wichtige Steuerreformen stehen an.

Wichtigkeit der Anpassungen: Steuerreform im Fokus der Öffentlichkeit

Berlin (ots)

Die kürzlich beschlossene Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie das Steuerfortentwicklungsgesetz haben strapaziöse Diskussionen im politischen Raum entfacht. Insbesondere die finanzpolitische Sprecherin der CDU, Antje Tillmann, äußerte sich zu den erheblichen Verzögerungen, die ihrer Meinung nach die Ampel-Koalition in der Umsetzung verfassungsrechtlicher Vorgaben an den Tag gelegt hat.

Entwicklung der Steuerreform

Bereits seit fast einem Jahr fordert die Union die genannte Erhöhung zum 1. Januar 2024. Die Koalition hat nunmehr die Notwendigkeit festgestellt, das Gesetz im Eiltempo durch das Parlament zu bringen. Damit sollen Arbeitgeber in der Lage sein, die neuen Freibeträge rückwirkend im Lohnsteuerjahresausgleich zu berücksichtigen. Dies könnte tiefgreifende Auswirkungen auf die Anzahl der erforderlichen Steuererklärungen haben, die von 42 Millionen auf geschätzte 15 Millionen sinken würden. Der Wegfall dieser zusätzlichen

bürokratischen Hürden könnte die Steuerzahler erheblich entlasten.

Weitere Verbesserungen im Steuerrecht

Die Branche begrüßt zudem die proaktive Vorgehensweise der Regierung hinsichtlich der Freibeträge für die Jahre 2025 und 2026 sowie die Anpassung des Steuertarifs zur Milderung der kalten Progression. Darüber hinaus wird das Kindergeld um fünf Euro erhöht, was sich positiv auf viele Familien auswirken dürfte.

Kritik an der Zwangsabgabe von Steuerklassen

Eine umstrittene Maßnahme ist die angestrebte Abschaffung der Steuerklassen III/V. Tillmann warnt vor einer staatlichen Bevormundung, da Paare bereits heute die Freiheit haben, welche Steuerklassen sie wählen möchten. Diese Entscheidung ist oft durch individuelle finanzielle Gegebenheiten motiviert, wie beispielsweise die Tilgung von Krediten. Die potenziellen zusätzlichen Anforderungen für die Finanzämter könnten zudem zu Komplikationen im politischen Prozess führen.

Widerstand im Bundesrat befürchtet

Ein weiterer Punkt der Besorgnis ist die geplante Einführung einer nationalen Anzeigepflicht für Steuergestaltungen. Bereits vergangene Erfahrungen mit der Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen haben gezeigt, dass nur eine marginale Anzahl von gesetzlichen Änderungen daraus resultierte. Kritiker sehen darin einen Papierwolf, der nur zusätzliche Bürokratie schafft und den gesetzlichen Entlastungen entgegenwirkt.

Schlussfolgerung

Die Enhancements und Reformen im Steuerrecht bringen nicht

nur direkte Änderungen für Steuerzahler, sondern reflektieren auch breitere gesellschaftliche Trends nach mehr Transparenz und Gerechtigkeit im Steuersystem. Die kommenden Wochen im politischen Raum werden entscheidend sein, um die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Massnahmen im Bundesrat zu sichern und möglicherweise einen grundlegenden Wandel in der deutschen Steuerpolitik einzuleiten.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de